

**Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen**  
(21. - öffentliche - Sitzung am 5. Dezember 2018)

**Beratungsthemen:**

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Rechtsanwaltsversorgungswerk Niedersachsen**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/1705](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfes ab. Er empfahl dem Landtag, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 6 mit einer weiteren Änderung anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

*Berichterstattung (mündlicher Bericht):* Abg. Christoph Bratmann (SPD).

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Familienpflegezeit für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/149](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 11 anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

3. **Entwurf eines Gesetzes über die Wahl der Mitglieder der Verbandsversammlung des Regionalverbandes „Großraum Braunschweig“**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/1408](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU

*Ablehnung:* GRÜNE, FDP, AfD

*Enthaltung:* -

4. a) **Frauenrechte stärken - Gesundheit schützen - § 219 a Strafgesetzbuch streichen!**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/27](#)
- b) **§ 219 a StGB abschaffen! - Informationsrecht ist ein Menschenrecht!**  
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/31](#)
- c) **Informationsverbot abschaffen - § 219 a StGB streichen**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1785](#)
- d) **§ 219 a StGB ersatzlos streichen - Frauenrechte stärken!**  
Antrag der Abgeordneten Wiebke Osigus (SPD), Anja Piel (GRÜNE), Sylvia Bruns (FDP) und 71 weiterer Mitglieder der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2276](#)

Der Ausschuss beriet über die Anträge. Er empfahl dem Landtag, den Antrag in [Drs. 18/2276](#) unverändert anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, GRÜNE, FDP, AfD

*Ablehnung:* CDU

*Enthaltung:* -

Die weitere Beratung über die Anträge in den Drucksachen 18/27, 18/31 und 18/1785 stellte der Ausschuss zurück.

5. **Arbeit der Anlaufstellen für Straffälligenhilfe angemessen unterstützen!**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1846](#)

Der - federführende - Ausschuss begann mit der Antragsberatung. Er bat die Landesregierung, ihn in einer der nächsten Sitzungen über die finanzielle und organisatorische Lage der Anlaufstellen für Straffälligenhilfe zu unterrichten.

6. **Beschlussfassung über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den juristischen Aspekten des laufenden Strafverfahrens gegen Niels Högel**

Der Ausschuss nahm den Antrag an.

7. **Beschlussfassung über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den juristischen Aspekten und eingeleiteten Verfahren in Bezug auf die presseöffentlich gewordenen Misshandlungen von Tieren in Schlachthöfen**

Der Ausschuss nahm den Antrag an. Den Mitgliedern des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz soll anheimgestellt werden, an der Unterrichtung teilzunehmen.